



## Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

**Titel:**                   **Petition des Personal-Verbands Polizei Basel-Landschaft (PVPBL) vom 15. Dezember 2015: «So geht es mit SICHERHEIT nicht weiter!»**

Datum:                   5. April 2016

Nummer:                2016-083

Bemerkungen:        [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:                   - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)  
                              - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)  
                              - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)  
                              - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



2016/083

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

## **Bericht der Petitionskommission an den Landrat**

### **betreffend Petition des Personal-Verbands Polizei Basel-Landschaft (PVPBL) vom 15. Dezember 2015: "So geht es mit SICHERHEIT nicht weiter!"**

Vom 5. April 2016

#### **1. Ausgangslage**

Die Petition des Personal-Verbands Polizei Basel-Landschaft (PVPBL) mit dem Titel „So geht es mit SICHERHEIT nicht weiter!“ wurde am 17. Dezember 2015 durch die Geschäftsleitung des Landrates zur Vorberatung an die Petitionskommission überwiesen. Unterzeichnet wurde sie von rund 10'000 Personen, die verlangen, dass die Finanzstrategie 2016-2019, welche eine Reduktion des Personalaufwands in der gesamten Kantonalen Verwaltung um 10 % vorsieht, bei der Polizei Basel-Landschaft nicht umgesetzt wird, um die Sicherheitslage in unserem Kanton nicht zu verschlechtern.

Für Details wird auf den beiliegenden Petitionstext verwiesen.

#### **2. Kommissionsberatung**

##### **2.1. Organisatorisches**

Die Petition wurde an der Kommissionssitzung vom 1. März 2016 im Beisein des juristischen Beraters der Kommission, Peter Guggisberg, Leiter Rechtsetzung Sicherheitsdirektion, beraten.

Angehört wurde seitens der Petenten eine Dreierdelegation bestehend aus folgenden Personen: Jürg Blau, Vorstandsmitglied des Personal-Verbands Polizei Basel-Landschaft (PVPBL) und Vertrauensleute-Obmann; Simon Guillod, Vizepräsident PVPBL; Sven Oppliger, Präsident PVPBL.

Seitens der Verwaltung wurden Regierungsrat Isaac Reber sowie Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion (SID), angehört.

##### **2.2. Eintreten**

Eintreten auf die vorliegende Petition war unbestritten.

##### **2.3. Detailberatung**

###### **2.3.1 Schriftliche Stellungnahme der Sicherheitsdirektion (SID) vom 13. Januar 2016**

In seiner Stellungnahme hält der Vorsteher der SID, Regierungsrat Isaac Reber, fest, im Rahmen der Finanzstrategie 2016-2019 müssten alle Leistungsbereiche der kantonalen Verwaltung und somit alle Direktionen substantielle Beiträge leisten, damit das Ziel eines ausgeglichenen Kantons Haushalts bis 2019 tatsächlich erreicht werden könne. Wie die Gesundheit und die Bildung stelle auch die Sicherheit ein elementares Gut dar, welches im Bewusstsein der Bevölkerung einen hohen Stellenwert einnehme. Das Sicherheitsniveau in unserem Kanton könne heute als gut bis sehr gut bezeichnet werden. Die Sicherheitsdirektion sowie die Polizei Basel-Landschaft würden alles daran setzen, damit unser

Kanton in den nächsten Jahren zu den sichersten Kantonen der Schweiz gehören werde. Diese Zielsetzung sei im Regierungsprogramm 2016-2019 ausdrücklich verankert.

Um das Ziel zu erreichen, müssten der Polizei in den nächsten Jahren die notwendigen Personal- und Sachressourcen zur Verfügung stehen. Durch einen Mitarbeitendenabbau in grösserem Umfang würden der Polizei die erforderlichen Mittel zur Wahrnehmung ihrer verfassungsmässigen Aufgaben fehlen. Unter diesem Gesichtspunkt sei ein Personalabbau bei der Polizei Basel-Landschaft um 10% unrealistisch. Trotzdem beauftragte der Regierungsrat die Sicherheitsdirektion, im Rahmen der Finanzstrategie 2016-2019 beim Personalaufwand der Polizei Fr. 450'000 einzusparen. Die übrigen Dienststellen der Sicherheitsdirektion werden den Kantonshaushalt durch geeignete Massnahmen ebenfalls entlasten; sie werden jedoch nicht in der Lage sein, jene Entlastungen zu übernehmen, welche die Polizei selbst nicht leisten kann. Zwischen 2011 und 2015 habe die Sicherheitsdirektion bereits 67 Stellen abgebaut.

### **2.3.2 Anhörung der Petenten**

Die Petentendelegation führte aus, der Personalverband Polizei Basel-Landschaft (PVPBL) sowie eine grosse Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern in unserem Kanton hätten sich angesichts der regierungsrätlichen Sparvorgaben besorgt gezeigt, dass die Sicherheit unter den geplanten Einsparungen leiden könnte. Beispielsweise habe die Zahl der Einbrüche im letzten Jahr um 30 % reduziert werden können, dies dank des grossen Einsatzes der Polizei und dank einem gerade erst erreichten Personalvollbestand (es wurde speziell für die Einbruchsbekämpfung eine Stellenerhöhung bei der Polizei bewilligt). Durch den nun vorgesehenen Stellenabbau würden derartige Erfolge wieder zunichte gemacht. Um eine Verringerung der Sicherheit zu vermeiden, wurde daher die vorliegende Petition lanciert, welche von rund 10'000 Personen unterzeichnet wurde.

Die Petenten sind klar der Ansicht, dass die signifikante Verbesserung der Sicherheitslage in der jüngeren Vergangenheit durch den Sparbeschluss des Regierungsrates wieder zunichte gemacht würde. Sie geben auch zu bedenken, dass die meisten der polizeilichen Aufgaben gesetzlich festgeschrieben sind und nicht einfach reduziert werden können. Da bisher keine Lösungen präsentiert wurden, wie die geplanten Einsparungen konkret erreicht werden sollen, schlugen die Petenten vor, am Status quo festzuhalten und somit eine Abnahme der Polizeidichte in unserem Kanton zu vermeiden. Eine Einsparung bei den Personalkosten der Polizei um 10% käme einem Abbau von rund 50 Stellen gleich.

Der PVPBL beschloss, mit der vorliegenden Petition auf seine Anliegen aufmerksam zu machen, denn man wolle nicht mittels Streiks oder ähnlichen Aktionen gegen die eigene Bevölkerung arbeiten. Ein Personalabbau ohne Reduktion des heutigen Sicherheitsstandards wäre gemäss den Petenten unrealistisch. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei Material- oder sonstigen Infrastrukturkosten, sehen die Petenten kein echtes Sparpotential, da in den letzten Jahren bereits an verschiedensten Stellen Einsparungen vorgenommen wurden und die Zitrone nun wahrlich ausgepresst sei. Auch würde eine Steigerung der Einnahmen, beispielsweise durch vermehrtes Verteilen von Bussen, bei der Bevölkerung kaum auf Gegenliebe stossen.

### **2.3.3 Anhörung der Vertreter der SID**

Regierungsrat Isaac Reber betonte, die Polizei Basel-Landschaft dürfe, auch angesichts der neuesten Zahlen in der Kriminalstatistik, mit ihrer Arbeit zufrieden sein. Mit dem Erreichen des Personalvollbestands bei der Polizei Ende 2015 ging gleichzeitig eine deutliche Verbesserung der Polizeileistungen einher. Beim Hauptorgankind, bei den Einbrüchen, wurde gar eine Reduktion um 30% erreicht. Angesichts der nun geforderten Sparmassnahmen müsse klar festgehalten werden, dass der Spagat zwischen erfolgreicher Polizeiarbeit und einem ausgeglichenen Staatshaushalt fast nicht zu leisten sei. Trotzdem werde sich die Sicherheitsdirektion, und mit ihr die Polizei Basel-Landschaft, diesem Sparauftrag nicht entziehen können. Dies, obwohl die SID mit Ausnahme der Stellenaufstockung bei der Polizei in den letzten Jahren netto eine beträchtliche Anzahl an Stellen abgebaut habe.

Obwohl es nicht möglich sein werde, das vorgegebene Sparziel ohne Eingriffe auch bei der Polizei zu erreichen, betonte Regierungsrat Isaac Reber, dass er einen Abbau von rund 50 Stellen bei der Poli-

zei nicht verantworten könnte, denn die Sicherheit stelle für unseren Kanton ein zentrales und wichtiges Gut dar. Die zu Recht geforderten und grossenteils auch gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Polizei könnten nach einem grösseren Stellenabbau nicht mehr sinnvoll wahrgenommen werden. Angesichts des Dilemmas, dass der Kanton und die Gemeinden die Sicherheit gemäss Verfassungsauftrag zu gewährleisten haben und der Tatsache, dass auch der Sparauftrag auf Verfassungsebene festgeschrieben sei, gelte es nun, sinnvolle Lösungen zu erarbeiten.

### **2.3.4 Würdigung durch die Petitionskommission**

Die Mitglieder der Petitionskommission stellten fest, dass die Ziele und Anliegen sowohl der Petenten als auch der zuständigen Direktion in grossen Teilen ähnlich seien: An der Sicherheit in unserem Kanton dürften keine allzu grossen Abstriche vorgenommen werden. Positiv vermerkt wurde, dass die Sicherheitsdirektion sich bereits in den letzten Jahren immer wieder intensiv darum bemüht habe, ihr Sparpotential auszuschöpfen und Abläufe zu optimieren. Umso schwieriger werde es daher heute sein, die aktuellen Sparvorgaben umzusetzen.

Grundsätzlich erachten es die Kommissionsmitglieder als notwendig, Einsparungen in allen Bereichen der kantonalen Verwaltung vorzunehmen, nach dem „Rasenmäherprinzip“ könne dies allerdings nicht funktionieren. Speziell im Bereich Polizei werde es wohl darum gehen, beim so genannten „Overhead“ (HR, Kommunikation etc.) anzusetzen, um nicht beim Personal an der Front und damit an der unmittelbaren Sicherheit sparen zu müssen. Um der speziellen Problematik, wie Einsparungen bei der Polizei vernünftig und ohne signifikante Einbussen bei der Sicherheit vorgenommen werden können, gerecht zu werden, müsse die Situation vertieft analysiert werden. Die Kommissionsmitglieder sprachen sich daher dafür aus, die vorliegende Petition als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

### **3. Antrag an den Landrat**

://: Mit 7:0 Stimmen (ohne Enthaltungen) beantragen die Mitglieder der Petitionskommission dem Landrat, die Petition „So geht es mit SICHERHEIT nicht weiter!“ als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.

5. April 2016 / ama

**Petitionskommission**  
Georges Thüring, Präsident

**Beilage**  
– Petitionstext



***So geht es mit SICHERHEIT nicht weiter!***

Bis zum Ende des Jahres 2019 sollen bei der Polizei Basel-Landschaft 10% der Stellen (ca. 50 Stellen) abgebaut werden.

***Dies bedeutet einen erheblichen Abbau der SICHERHEIT in unserem Kanton!***

Bereits jetzt ist ein massiver Leistungsabbau bei der Verkehrsinstruktion und Einbruchsprävention geplant.

Bitte unterstützen Sie uns und retournieren Sie diese Karte oder melden Sie sich via Internet: [www.pvpbl.ch](http://www.pvpbl.ch)

Personal-Verband  
Polizei Basel-Landschaft

